



Digitaler Chronist

“Denken in hysterischen Zeiten – kleine Beobachtungen“

30. November 2025

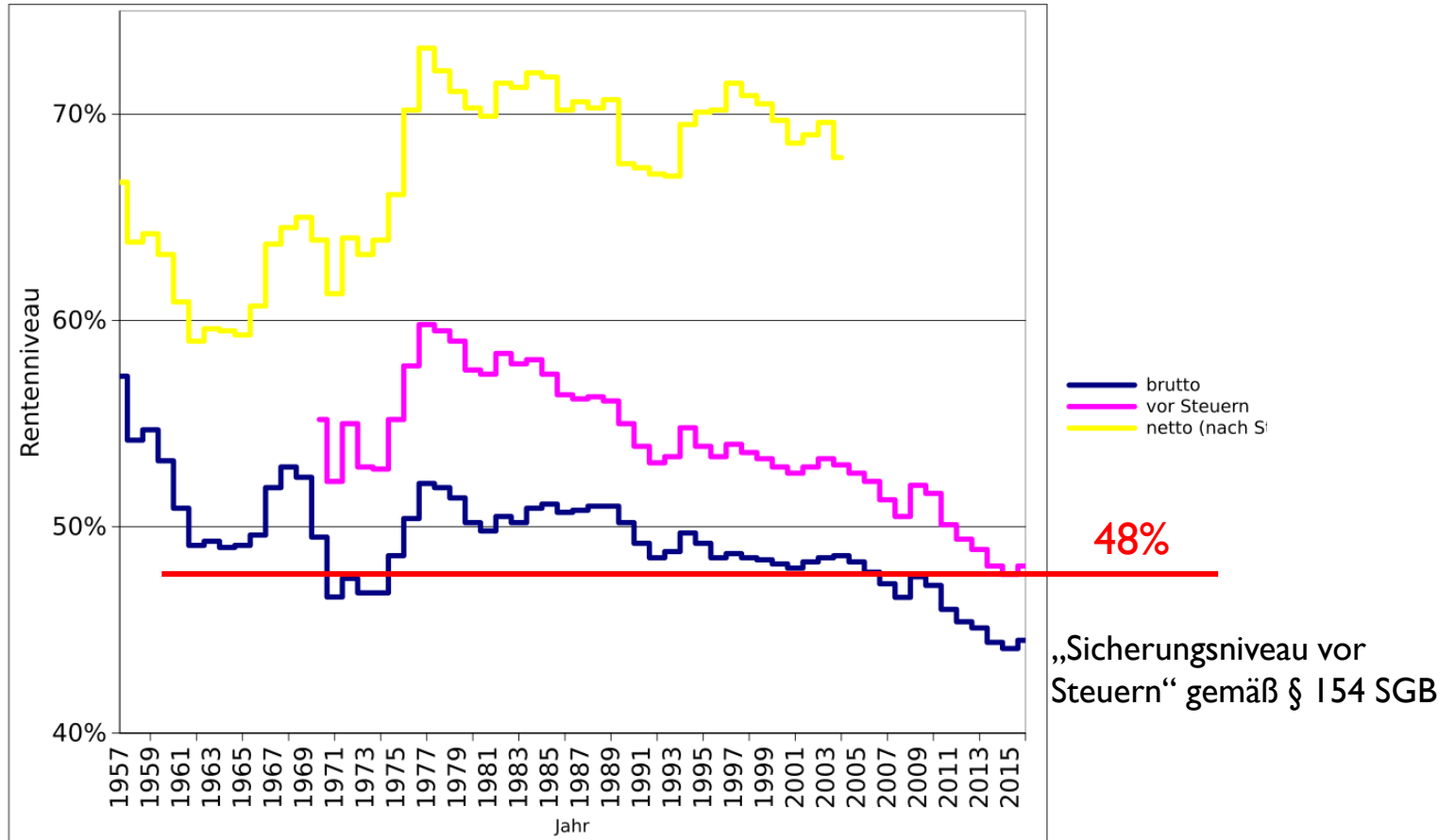
Quellen: Alle Zahlenangaben: diverse Quellen, siehe Anhang

Beobachtungen

- Rentenkonflikt
- Mobilitätswende am Beispiel der DB AG
- Zur volkswirtschaftlichen Gesamtlage

Streit um das Rentenanpassungsgesetz – worum geht es?


Entwicklung des Rentenniveaus




Quelle DRV

Rentenkonflikt in der Union – eine Scheindebatte!

2.000 €

 Effektive **Durchschnittsrente** p.M.

 Effektive **Mindestrente** p.M.
(Ohne anrechenbare weitere Einkünfte)

Eckrentner: ca. 1770 € (45 Beitragsjahre)

Nach 40 Beitragsjahren ca. 1.820 €

Männer: ca. 1550 €

Nach 30 Beitragsjahren ca. 1.580 €

Alle: ca. 1300 €

Nach 15 Beitragsjahren ca. 1.450 €
(bei Müttern ab 7 Beitragsjahren)

Frauen: ca. 1050 €

Grundbedarfsprüfung ab ca. 1063 € Einkommen pro Monat empfohlen von der Rentenversicherung

1.000 €

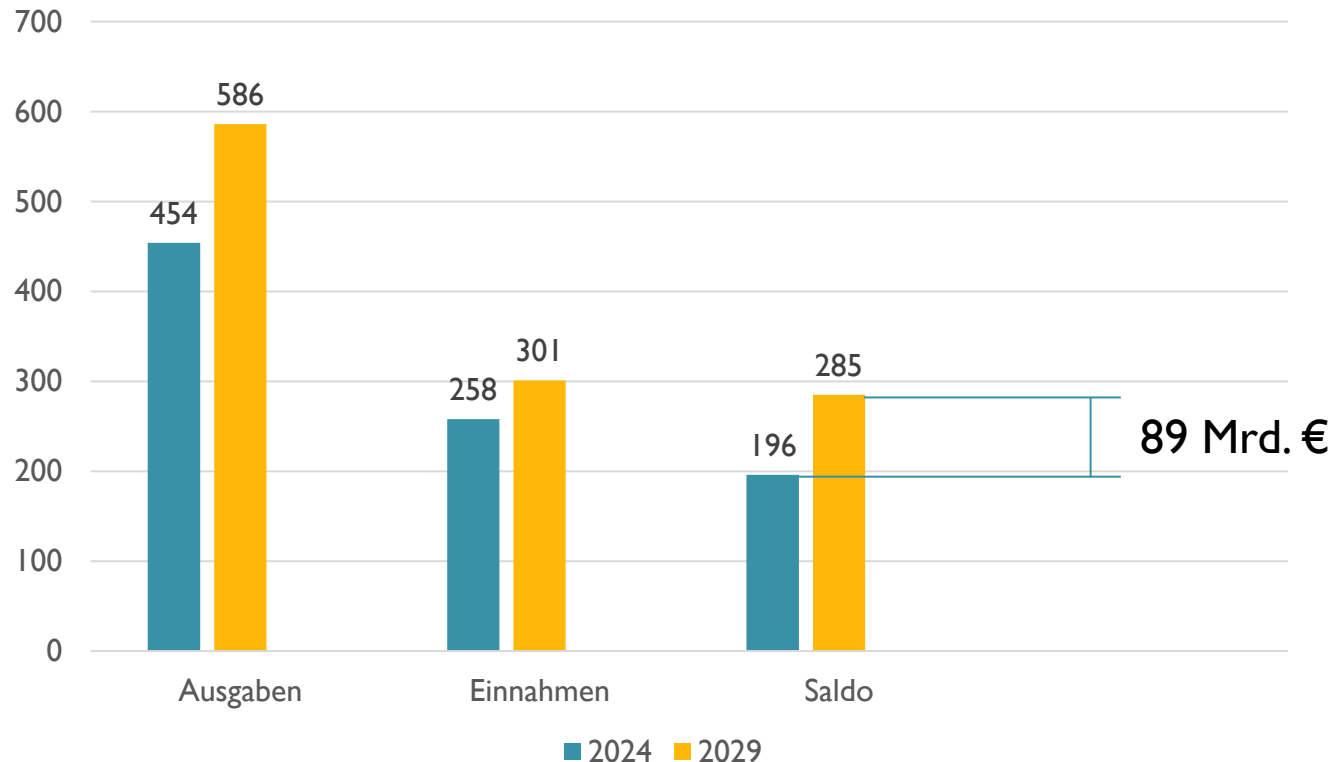
Frauen West: ca. 900 €

Angesichts der effektiven Rentenhöhe in Deutschland stellt sich die Frage nach einer Stabilisierung überhaupt nicht. Die Zuschüsse aus dem Steueraufkommen müssen weiter wachsen und die folgende Generation muss das so oder so bezahlen!

Die Frage ist eher, welche anderen Staatsausgaben dafür beschnitten werden müssen und ob man die extrem viel höheren Pensionen sich weiter leisten will, die vollständig vom Steuerzahler zu erbringen sind. Diese liegen derzeit bei ca. 3.700 € pro Monat bei Bund und Ländern.

Szenario bis 2029

Mrd. € Finanzen Deutschland - Alterssicherungssysteme



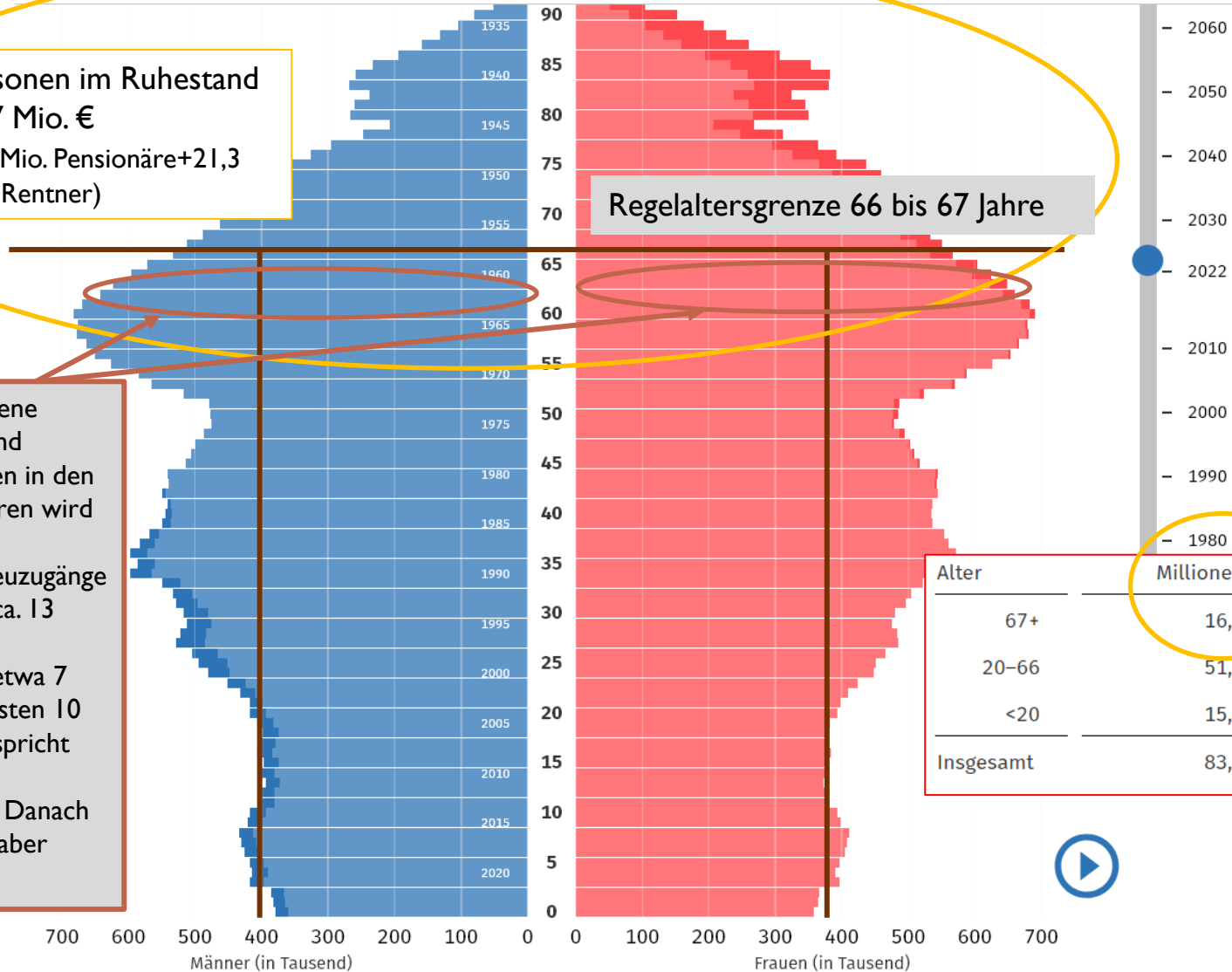
Die Finanzierungslücke muss irgendwie geschlossen werden, was bei sehr bescheidenen Wachstumsaussichten, erheblichen Nachholbedarf auch in anderen Bereichen - vor allem in der Infrastruktur - und jede Menge ideologisch motivierten Ausgaben angesichts eines Bundeshaushaltes von **ca. 590 Mrd. € in 2024** schwerfallen dürfte, da dieser bereits um etwa **110 Mrd. €** nicht durch Einnahmen gedeckt war.

Bevölkerung Deutschland 2024 – Das Rentenproblem hat für die jüngere Generation 2 Probleme

Personen im Ruhestand
22,7 Mio. €
(1,4 Mio. Pensionäre+21,3 Mio. Rentner)

Regelaltersgrenze 66 bis 67 Jahre

Durch vorgezogene Pensionierung und Frühverrentungen in den vergangenen Jahren wird die Zahl der zu erwartenden Neuzugänge gedämpft - von ca. 13 Mio. Leistungsberechtigte auf etwa 7 Mio. in den nächsten 10 Jahren. Dies entspricht der Zahl der Berufseinsteiger. Danach ist dieser Effekt aber aufgebraucht.



Quelle: destatis

Mobilitätswende ohne Perspektive

Vorsitzende des DB Konzern Vorstandes Palla: (zitiert aus dpa-AFX)

"Wir nehmen heute den Taktstock für eine neue Ära in die Hand. Eine Ära, in der wir uns wieder auf das konzentrieren, was uns im innersten Kern ausmacht: das Eisenbahngeschäft"

„Seit dem Sommer (2025) sehen wir, dass die Bahnanlagen **noch schneller altern** als bisher angenommen. Das betrifft Stellwerke, Schienen, Weichen und Oberleitungen. Diesen Abwärtstrend müssen wir jetzt stoppen.,, - "Das hatten wir in unseren Prognosen in dieser Dramatik bislang nicht abgebildet.“

"Wir werden versuchen, das Baugeschehen runterzufahren über die Weihnachtsfeiertage, damit wir da eine Entlastung im Schienennetz haben,,

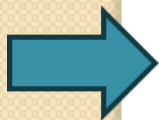
In diesem Jahr werde die durchschnittliche Pünktlichkeit im Fernverkehr unter 60 Prozent liegen. Für das kommende Jahr wären laut Palla 55 Prozent "vom Anspruchsniveau tatsächlich deutlich zu niedrig". Eine konkret angestrebte Pünktlichkeitsquote nannte sie nicht. Beim Vorgänger Dr. Lutz lag der Zielkorridor noch bei 60 bis 70%.

Das Narrativ, auf das sich Politik, Medien, Verwaltung und der Sektor geeinigt haben ist:

„Die Deutsche Bahn, insbesondere die Infrastruktur wurde in den letzten Jahrzehnten kaputt gespart. Der Hauptgrund für die Verspätungen liegt an der maroden Infrastruktur“

Die DB wurde vom Staat tatsächlich mit runden 500 Mrd. € „kaputt gespart“!
Nicht mitgerechnet ist der Werteverzehr der Infrastruktur, den man nun durch noch mehr Zuschüsse korrigieren will!

Investitionszuschüsse	Regionalisierungsmittel (= Subvention Regionalverkehr)		Sonstiges	Mrd. €
	Mrd. €	Mrd. €		
bis 2005	115	44		
LUFV + Vorläufer	80	Ca. 150	Kredite Konzern	33
Bedarfsplan	40		Klimafonds	5,3
Länder, EU	10		Covid-Ausgleich	3,5
			EK-Hilfe 24	5,5
			Immobilienverkäufe Konzern bis 2018	9,5
			Trassenentgelt seit 2020	1
			Einzelwagenverkehr- Förderung	1
Gesamt	497,8	245		58,8

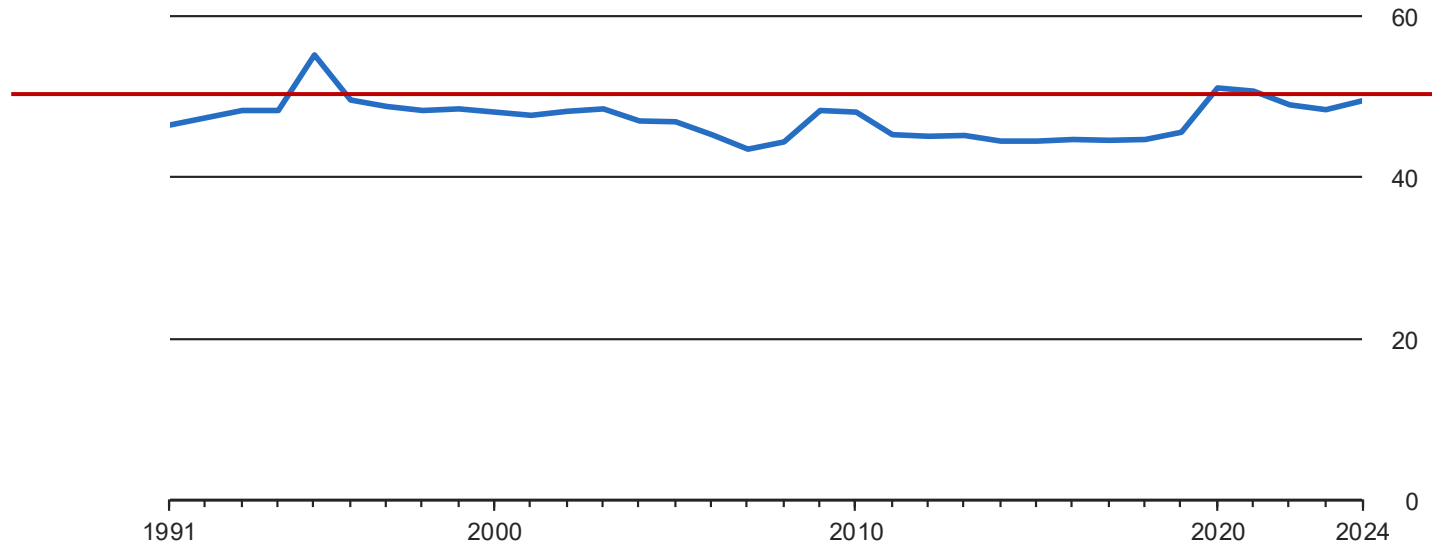


Der Umsatz im Schienenverkehr betrug im DB Konzern in 2023 ca. 26 Mrd., von denen unmittelbar oder mittelbar (Trassenentgelt) aber ca. 9 bis 10 Mrd. Subventionen sind (Regionalisierungsmittel, Trassenentgeltreduktion). Der Umsatz mit Kunden, die die Verkehrsleistung in Anspruch nahmen, betrug als nur ca. 16 bis 17 Mrd. €. In diesem Jahr sollen die gesamten Zuschüsse in den Eisenbahnsektor etwa 30 Mrd. € betragen.
Zum Vergleich: Für die Bundesfernstraßen gab der Bund in 2024 8,9 Mrd. € aus, bei Mauteinnahmen von ca. 13 Mrd. €. Die Verkehrsleistung der Straße ist in allen Bereichen signifikant höher als auf der Bahninfrastruktur des Bundes (ca. Faktor 5!)

Quelle:
Bundes-
regierung,
eigene
Recherchen

„Alles über 50% Staatsquote ist Sozialismus.“ frei nach Helmut Kohl irgendwann in den 80ziger Jahren.

Staatsquote
in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025

Die Staatsquote wird bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. In dieser sog. Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung VGR ist der Staat aber selbst ein wesentlicher Akteur direkt und indirekt geworden, ohne dass die Aufgaben in der der Gesamtrechnung kritisch bewertet werden. So machen allein die Gütersteuern mit über 400 Mrd. € in 2024 fast 10% des BIP aus. Verglichen mit der Wirtschaftsleistung des produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungsbranche ohne staatlich dominierte Organisationen ist der Staat bereits größer als beide zusammen. Der Sozialismus ist bereits da, die Diskussion der Staatsquote aus der VGR dient nur dazu, diesen Umstand zu couvriren.

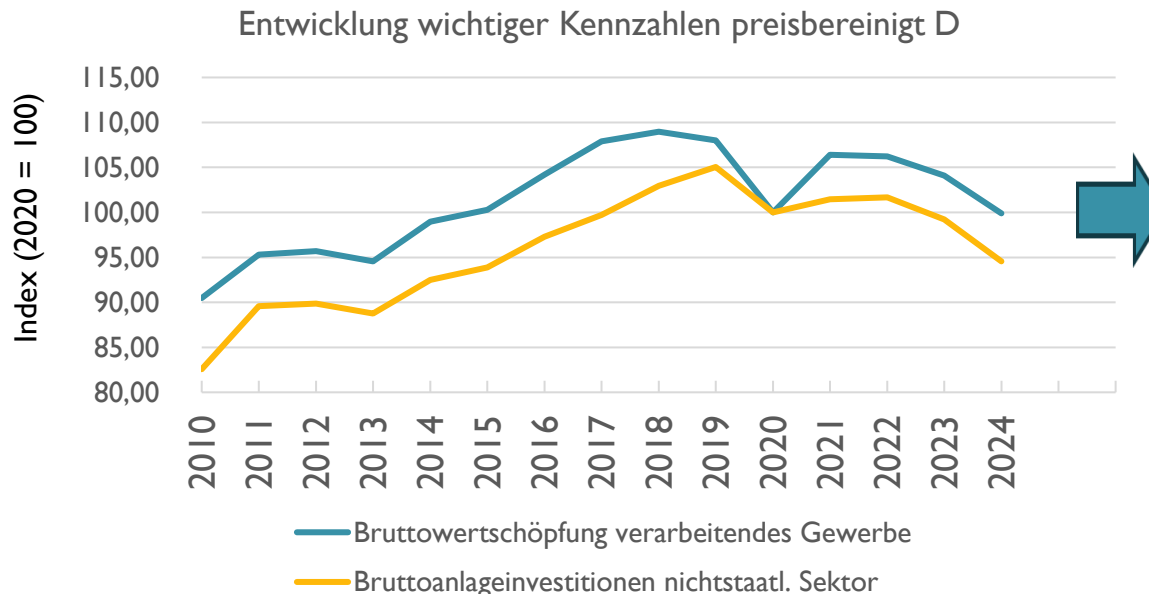
Die Welt der Gewerkschaft

Geschrei

IG Metall fordert Job-Offensive von Unternehmen und Politik gegen Deindustrialisierung

„Für jeden wegfallenden Arbeitsplatz muss ein neuer entstehen. Alle müssen jetzt ihren Beitrag leisten, um Wertschöpfung im Land zu halten und gleichzeitig neue Arbeitsplätze und Industrien anzusiedeln“, sagte Benner (IG Metall-Vorsitz) mit Blick auf Zukunftstechnologien wie Halbleiter, Batterierecycling und erneuerbare Energien.

Hintergrund



Hochwertige
Arbeitsplätze fallen weg!
Die Deindustrialisierung
läuft auf vollen Touren!

Die Welt der Industrie

BDI - Auszüge

„Um den Wandel vom Industriestandort zum Technologiestandort zu schaffen, fordert die Industrie gezielte Zukunftsinvestitionen.

- Energiewende und Dekarbonisierung: Beschleunigter Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft (Wasserstoffbeschleunigungsgesetz).
- Förderung neuer Technologien: Gezielte Investitionen in Schlüsseltechnologien wie Mikroelektronik, Künstliche Intelligenz (KI) und Cloud Computing.
- Forschung und Entwicklung (FuE): Stärkung der steuerlichen Forschungsförderung und von Innovationsförderprogrammen für den Mittelstand (z. B. Industrielle Gemeinschaftsforschung - IGF).“

Die Industrie verlangt spürbare Entlastungen, um die hohen Produktionskosten in Deutschland zu senken und Investitionen anzureizen.


Senkung der Energiekosten: Dies ist die dringendste Forderung. Gefordert werden Maßnahmen, um Strom- und Gaspreise für die energieintensive Industrie auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu senken.

Die Welt der deutschen Automobilindustrie

VDA - Auszug

Offene Technologiepolitik: Der VDA betont, dass Technologieoffenheit erhalten bleiben muss. Auch wenn der **Fokus auf E-Mobilität** liegt, sollen alternative Antriebe wie Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) nicht durch überzogene Regulierung oder Verbote im Keim erstickt werden.

Massiver Ladesäulenausbau: Der VDA fordert die Einhaltung und Beschleunigung der Ausbauziele für das **flächendeckende und bedarfsgerechte Ladenetz** in Deutschland und Europa (schnell, zuverlässig und nutzerfreundlich).



Das Aus vom Verbrenner-Aus der EU ist keine Forderung des VDA wie man denken könnte, sondern kommt von marktliberalen Kräften und dem Mittelstand. Er wird aber nicht durchgeführt werden, weil es aus Kreisen der Koalition nun heißt, dass nur das Aus vom „starrten“ Verbrenner aus angestrebt werde (Zitat Söder nach Koalitionsausschuss)